



Für  
Menschenrechte  
gegen  
Extremismus



# DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



**Blickpunkt Demokratie und Extremismus**  
**Newsletter Osteuropa**

Dezember | 2008

Inhalt	Seite
Durchsuchung bei „Memorial“ Sankt Petersburg: Letzte Einzelheiten und Erklärung der Leitung von „Memorial“	2
Präsident Russlands warnt Verursacher interethnischer Konflikte	3
Ungeduld und Arbeit (Ekaterina Sawina)	3
In mehreren russischen Städten fanden Aktionen der Jungen Garde der Partei „Einiges Russland“ gegen Gastarbeiter statt	4
Ein Skinhead hat Putin als seinen Mitkämpfer aufgenommen (Olesja Gerasimenko, Pawel Nikulin)	5
Gericht wäscht die „weiße Bruderschaft rein“ (Natalia Nazarowa)	6
Die „Erschaffung der Welt“ zwischen der Obersten Kammer Russlands und österreichischen Ultrarechten	7
Einige Fakten	7
Chronik	8
Internationale Woche der Aufklärungsaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Antisemitismus	9
Impressum	9

**Durchsuchung bei „Memorial“ Sankt Petersburg: Letzte Einzelheiten und Erklärung der Leitung von „Memorial“**



In Sankt-Petersburg wurden am 4. Dezember unter der Führung des Untersuchungsrichters Kalranow die Räumlichkeiten des Wissenschafts- und Informationszentrums „Memorial“ durchsucht und die Festplatten der Computer mit allen sich darauf befindlichen Informationen beschlagnahmt. Wie der Rechtsverteidiger Ruslan Linkow mitteilt, „hat der Untersuchungsrichter des Zentralen Rajons von Sankt Petersburg vermutet, dass sich in den Räumen der Wohltätigkeitsorganisation „Memorial“ (so steht es im offiziellen Durchsuchungsbescheid, aber die Durchsuchung fand bei einer ganz anderen Organisation statt – im Wissenschaft- und Informationszentrum „Memorial“) Materialien und Dokumente befinden können, die die Finanzierung der Zeitung „Nowyj Peterburg“ belegen, in welcher im Jahr 2007 ein Artikel eines Autors veröffentlicht wurde, der von den Rechtsschutzorganen als rechtsextremistisch eingestuft wurde“.

**Kommentar von „Memorial“:**

„Weder Andrejew, noch der Autor des Artikels, noch „Nowyj Peterburg“ haben irgendeinen Bezug zu „Memorial“. Wir haben keine guten, aber auch keine schlechten Beziehungen. Wir kennen uns ganz einfach nicht. Uns ist nicht bekannt, auf welche Weise man „Memorial“ mit dieser Strafsache in Zusammenhang bringen kann.

**Während der Durchsuchung wurden eine ganze Reihe von Menschenrechten verletzt:**

- die Durchsuchung wurde in einem völlig anderen Gebäude einer anderen Organisation durchgeführt – nicht in der, die in dem Untersuchungsbescheid genannt war (!)
- die Mitarbeiter von „Memorial“ durften nicht telefonieren
- ein Rechtsanwalt wurde nicht zugelassen
- der Durchsuchungsbescheid wurde erst um 15.40 Uhr vorgezeigt
- anstatt Zeugen waren Milizionäre anwesend
- niemand durfte das Büro betreten (auch die Presse nicht), niemand durfte das Gebäude verlassen
- es wurde kein Protokoll angefertigt über die Information, die sich auf de beschlagnahmten Festplatten befanden.

Nach den Worten des Mitarbeiters der Jugendmensenrechtsorganisation MPD „war der eigentliche Grund für den Besuch der Staatsbanditen bei „Memorial“ die Ausstrahlung eines verbotenen Films von Nekrasow über Litwinow kürzlich im Fernsehen.“

**Über die Durchsuchung veröffentlichte die Internationale Gesellschaft „Memorial“ eine Mitteilung**

Am 4. Dezember wurden auf Befehl der Städtischen Staatsanwaltschaft die Räumlichkeiten des Wissenschafts- und Informationszentrums „Memorial“ in Sankt Petersburg, einer Forschungsorganisation, die sich mit der Geschichte des stalinistischen Terrors beschäftigt, durchsucht. Durchgeführt wurde die Durchsuchung unter dem Vorwand eines Ermittlungsverfahrens bezüglich einer nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „extremistischen“ Veröffentlichung, die vor eineinhalb Jahren in einer Zeitung namens „Novyj Peterburg“ erschienen ist. Personen in Masken, die mit Polizeiknüppeln bewaffnet waren, besetzten die Räume des Zentrums. Sie beschlagnahmten die Festplatten sämtlicher Computer, auf denen die Resultate von zwanzigjährigen historischen Forschungen gespeichert sind, sowie die Unterlagen eines der Mitarbeiter des Zentrums, des Kunsthistorikers Alexander Margolis, der durch sein Auftreten für die Verteidigung des architektonischen Stadtbildes bekannt ist.

Die Gesellschaft „Memorial“ und ihr Wissenschafts- und Forschungszentrum in Sankt Petersburg wissen weder über die Zeitungspublikation, in Verbindung mit der die Durchsuchung angeblich stattfindet, noch über die Zeitung selbst irgendetwas. Allem Anschein nach ist die Publikation nicht mehr als ein Vorwand für die Durchsuchung der Räume von "Memorial".

Die beschlagnahmten Festplatten enthalten Datenbanken mit biografischen Angaben zu zehntausenden Opfern der stalinschen Repressionen, die durch "Memorial" im Laufe von 20 Jahren gesammelt worden sind, außerdem eine einmalige Sammlung von Fotos und Dokumentenkopien zum Thema des Sowjetischen Terrors, die Ergebnisse von Forschungsfahrten zur Suche nach Lagerfriedhöfen und Erschießungsstätten auf dem Territorium der früheren UdSSR sowie ein Archiv mit Tonaufnahmen von Interviews mit ehemaligen Insassen des GULAG.

Die Internationale Gesellschaft „Memorial“ fordert die unverzügliche Rückgabe der beschlagnahmten Materialien, die keinerlei Zusammenhang mit irgendwelchen „extremistischen“ Publikationen haben können. „Memorial“ macht die Städtische Staatsanwaltschaft Sankt Petersburg darauf aufmerksam, dass diese Materialien einen großen wissenschaftlichen Wert darstellen und dass die Staatsanwaltschaft die volle Verantwortung für ihren Erhalt trägt.

Die Leitung der Internationalen Gesellschaft „Memorial“

Quelle: [www.yhrm.org](http://www.yhrm.org) 05.12.2008

### Präsident Russlands warnt Verursacher interethnischer Konflikte

Der russische Präsident Medwedjew erklärte am 5. November 2008 in seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalen Versammlung, er werde nicht zulassen, dass „sozialer und interethnischer Unfrieden“ gestiftet wird. „Ich sehe es als meine Pflicht an, diejenigen zu warnen, die die politischen Spannungen weiter entfachen wollen. Wir werden es nicht zulassen, dass soziale und interethnische Streitigkeiten geschürt, Menschen betrogen und in illegale Aktivitäten hineingezogen werden. Wir werden die konstitutionelle Ordnung auch in Zukunft mit allen gesetzlichen Mitteln sichern.“

<http://kremlin.ru/appears/2008/11/05/1349><http://sova-center.ru> 05.11.08

### Ekaterina Sawina: Ungeduld und Arbeit



Die Junge Garde erklärt angesichts der Krise der legalen Migration den Krieg

Die Junge Garde der Partei „Einiges Russland“ hat einen neuen Weg gefunden, mit der Finanzkrise im Land umzugehen. Die kremltreuen Aktivisten wollen morgen mit der Aktion „Unser Geld für unsere Leute“ starten. Sie fordern damit das Verbot von Arbeitsmigration, die Ausweisung von Migranten und die Einführung von Straßenkontrollen. Radikale Nationalisten glauben, unter der kremlzugewandten Jugend Zustimmung für ihre Losung „Russland den Russen“ gefunden zu haben, und nannten die Initiative „ihren Sieg“. Auch aus den Reihen der Partei „Einiges Russlands“ kam Unterstützung für diese Initiative.

In ihrem Programm fordert die Junge Garde die Ausweisung aller Gastarbeiter aus Russland sowie ein Einreiseverbot für das kommende Jahr. Zudem sollen alle Arbeitsplätze Russen zur Verfügung gestellt und entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht werden. Die Organisation teilte mit, dass es drei Veranstaltungen geben werde: Eine vor der Föderalen Migrationsbehörde Russlands und zwei weitere vor den Gebäuden von zwei großen Bauunternehmen – der PIK Group und der Mirax Group. Die Wahl der Unternehmen wurde damit begründet, dass diese Firmen verstärkt Gastarbeiter beschäftigen. Auch in anderen Großstädten wie Sankt Petersburg, Nishnij Nowgorod, Tscheljabinsk, Nowosibirsk und Chabarowsk sind Protestaktionen geplant. In der Erklärung heißt es, dass es durch die Finanzkrise eine große Anzahl an Arbeitslosen gebe. Da aber in den Bauunternehmen größtenteils Gastarbeiter beschäftigt würden, unterstütze man dadurch die Gastarbeiter und das Ausland. Geld und Arbeitsplätze sollten nun den Russen zugute kommen. Die Junge Garde betonte zudem, dass Bauunternehmen derzeit Arbeitsplätze abbauen würden. Dadurch gebe es jetzt viele arbeitslose Migranten, die zu potenziellen Kriminellen würden.

Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralstabes der Jungen Garde, Andrej Tatarinow, teilte der Zeitung „Kommersant“ mit, dass im Rahmen dieser Initiative folgende Aktionen geplant seien: Straßenkontrollen in Zusammenarbeit mit der Migrationsbehörde (FMS), Aufbau einer Arbeitsbörse, um die durch die Migranten frei

gewordenen Arbeitsplätze an Russen zu vermitteln und nicht zuletzt eine entsprechende Gesetzesvorlage für die Duma. Die Föderale Migrationsbehörde kritisierte die Initiative der Jungen Garde. „Das ist ein zu riskantes Thema für die internationalen Beziehungen“, sagte der Pressesprecher der Behörde. Zudem habe die Hälfte der Gesellschaft eine positive, die andere eine negative Einstellung zu Migranten. Nicht alle verstünden, dass die Migranten die Arbeiten verrichteten, zu denen die Russen selbst nicht bereit seien. „Die Junge Garde verschüttet jetzt Benzin, das dann versehentlich oder durch ein Streichholz entzündet werden kann.“ Diese Meinung teilt auch der stellvertretende Vorsitzende des Dumaausschusses für Toleranz und Gewissensfreiheit, Walerij Tischkow. Ein solches Vorhaben dürfe man nur unter wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Gesichtspunkten betrachten. Die Vereinbarungen zwischen Russland und den GUS-Staaten ließen dies gar nicht zu, zudem gäbe es verschiedene Wirtschaftsabkommen. Tischkow betonte: „Eine solche Initiative ist einfach zu hart, vor allem, wenn es um so viele Menschenleben geht.“ Walerij Tischkow nimmt an, dass die Zahl der Migranten durch die weltweite Finanzkrise auch so zurückgeht. Bisher haben nur einige Genossen und Nationalisten die Junge Garde in ihrem Vorhaben unterstützt. Der Duma-Abgeordnete Andrej Worobjew, Mitglied der Partei „Einiges Russland“, erklärte dem Kommersant, dass im Baugewerbe immer mehr Arbeiter entlassen würden, was den Menschen Angst mache, da ein Mensch ohne Aufgabe gefährlich sein könne. Worobjew ist davon überzeugt, dass die Quoten für Migration grundlegend verringert werden müssten, allerdings dürften die Grenzen nicht vollständig geschlossen werden. „Die Jugend hat dazu eine grundsätzlichere Auffassung, aber wenn sie konkrete Vorschläge haben, werden wir diese diskutieren“, sagte Worobjew der Zeitung. Verständnis für die Initiative der Jungen Gardisten zeigte auch der Spitzenvertreter der Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI), Aleksandr Below: „Das heißt also, dass wir unser Ziel bald erreichen werden. Die Junge Garde hat wohl kaum eine solche Entscheidung ohne die Zustimmung des Kremls getroffen. Alle wissen, dass es im Zusammenhang mit der Krise zu einem Aufstand der Gastarbeiter kommen kann.“ Der Chef der DPNI ist überzeugt davon, dass sich die politische Führung auf diese Weise auf die Seite der Nationalisten gestellt hat: „Es ist ja klar, dass sie unsere Initiative nicht offen unterstützen können, aber diese Ereignisse zeigen, dass wir langsam, aber sicher vorankommen.“

Quelle: Kommersant, № 199(4016) 31.10.2008

**In mehreren russischen Städten fanden Aktionen der Jungen Garde der Partei „Einiges Russland“ gegen Gastarbeiter statt**



Am 1. November fanden in Moskau, Tscheljabinsk und weiteren Russischen Städten Aktionen der Organisation MGER (Molodaja gwardija Edinoj Rossii), der Jungen Garde der Partei „Einiges Russland“, unter dem Motto „Unser Geld für unsere Leute!“ statt, die [gegen Gastarbeiter](#) gerichtet war.

In Moskau versammelten sich ungefähr 30 Teilnehmer der Bewegung in der Werchnjaja -Radischtschewskaja-Straße vor dem Gebäude der Einwanderungsbehörde (FMS). Bei dem Treffen waren auch Aktivisten der „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ anwesend. Die Junggardisten forderten, die Quote für Gastarbeiter abzuschaffen und erklärten ihre Bereitschaft, „der Einwanderungsbehörde zu helfen, Baustellen zu kontrollieren, um herauszufinden, ob dort illegale Einwanderer arbeiten.“

Die Aktivisten von MGER behaupteten, dass die Aktion keine ausländerfeindlichen Züge trage, obwohl es offensichtlich ist, dass der Begriff „Gastarbeiter“ im Mund der Junggardisten eine ethnische Färbung besitzt. Auf der Veranstaltung teilten die Mitglieder von MGER mit, dass sie „bereit sind, eine Arbeitsbörse zu organisieren, um unseren Leuten zu helfen, eine Arbeit zu bekommen.“ Daraus folgt, dass für die MGER „Gastarbeiter“ nur Bürger anderer Staaten sind, aber keine Russlands.

Quelle: <http://www.novayagazeta.ru/news/345852.html>

[http://www.uralpolit.ru/urfo/polit/vlast/id\\_119682.html](http://www.uralpolit.ru/urfo/polit/vlast/id_119682.html) 01.11.2008

**Olesja Gerasimenko, Pawel Nikulin: Ein Skinhead hat Putin als seinen Mitkämpfer aufgenommen**



ITAR-TASS

In Barnaul hat ein nationalistischer Student 1 Jahr Haft in der Strafkolonie erhalten, weil er auf seiner Homepage eine Fotokollage von Wladimir Putin mit kahlgeschorenem Schädel in den Kleidern eines Skinheads veröffentlicht hat. Das Urteil erfolgte auf der Grundlage „Schüren von Feindseligkeiten“, aber die allgemeine Meinung neigt dazu, dass man Andrej Trebuschtschuk wegen Ehrverletzung des Premierministers verurteilt hat. Der 22-jährige Einwohner von Barnaul, Andrej Trebuschtschuk, hat eine Internetseite mit nationalistischem Inhalt entworfen und betreut diese. Neben faschistischer Propaganda, Videofilmen, in denen Gewaltszenen an Nichtslawen gezeigt werden, und Parolen der Skinhead-Bewegung wurde im Herbst 2006 auf der Homepage eine Kollage veröffentlicht: Der ehemalige Präsident von Russland, Wladimir Putin, in hohen Stiefeln mit eingesteckter Jeans und in einer Bomberjacke mit der Aufschrift „White Power“. Der Ministerpräsident war auf den Fotos kahlgeschoren und sah aus wie ein typischer Skinhead. Die Rechtsschutzorgane reagierten sofort auf die Veröffentlichung der Bilder: Die Site wurde innerhalb von zwei Wochen im Zuge einer Überwachung der Internetressourcen von Altaj entdeckt. Der Zugang zur Homepage wurde umgehend blockiert, und in der Wohnung von Trebuschtschuk tauchten schnell die Ermittlungsbeamten auf. Wie die Staatsanwaltschaft des Gebiets Altaj mitteilt, wurden in seiner Wohnung umfangreiche nationalistische Literatur, Videoaufzeichnungen, Zeitungen und nationalistische Symbole gefunden sowie Aufzeichnungen, die Trebuschtschuk im Nahkampftraining mit seinen Freunden zeigen. Der Student, der in einem der Institute von Barnaul eingeschrieben ist, leugnet seine Schuld ab: Er sagt, jeder hätte die Informationen von seinem PC ins Internet stellen können. Deswegen wurde das Strafverfahren gegen ihn eröffnet nach Art. 282 Nr. 1 (Erweckung von Hass oder Feindseligkeit, Erniedrigung der Menschenwürde) und Art. 319 (Beleidigung von Staatsvertretern) des Russischen Strafgesetzbuches. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Nationalist den Rechtshütern schon einmal in die Hände gefallen war – er war im Dezember 2006 nach Nowosibirsk gefahren, um an einer nicht genehmigten Versammlung der Regionalabteilung der nationalistischen „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI) teilzunehmen, und war dort von der Miliz festgenommen worden.

„Auf seiner Festplatte hatte Trebuschtschuk Texte und Dateien gespeichert, die dem Schüren von nationalem und religiösem Hass und Feindschaft dienen, und er hat Materialien verfasst, die die Ehre und Würde des russischen Präsidenten beleidigen“, heißt es in der Anklageschrift. Es gelang den Ermittlern nicht, den Urheber der Fotokollage zu ermitteln: Wie das Material hergab, hatte der Nationalist sie nicht selbst angefertigt, sondern von einer anderen Site heruntergeladen. „Ähnliches war im September 2007 geschehen, als die Behörde für die Überwachung der Medien, Rosochrankultura, versucht hatte, die Zeitung „Saratowskij Reporter“ für eine Fotokollage von Putin als Schtiriliz in einer SS-Uniform zu schließen“, teilte Anton Nosik, Experte für Blogs, der Internetzeitung „Gaseta.ru“ mit. „Bei uns in Moskau passiert so etwas nicht, bei uns haben sie in Blogs Karikaturen über Putin und Medwedjew gezeichnet, und sie zeichnen sie auch weiter“, fügte er hinzu. Die Eigner solcher Blogs haben in ihren Tagebüchern schon dutzende verschiedener „nationalistischer“ Bilder von Putin veröffentlicht, die mit dem Computer bearbeitet waren. „Aber für die stupiden Erfüllungsgehilfen aus der Provinz ist Putin so eine Art Auslöser, bei dem sie eine Untersuchung beginnen.“ Das Urteil für Trebuschtschuk hat unter den russischen Usern des Internets eine heftige Reaktion hervorgerufen, die in der Mehrheit davon überzeugt sind, dass man in Russland für jede beliebige Darstellung Putins in einem negativen Zusammenhang oder für eine kritische Äußerung über den Premierminister verhaftet werden kann. Als Beispiel dafür führen die User die Angelegenheit des Bloggers Dmitrij Schirinkin an, der für die Veröffentlichung einer ironischen Erzählung zu einer Strafe von 20.000 Rubeln verurteilt wurde. Die Staatsanwaltschaft sah in dem Text eine bewusste Falschaussage über einen Terroranschlag. Aber nach den Worten von Schirinkin wurde ihm beim Verhör zu verstehen gegeben, dass die Strafverfolgung ausschließlich wegen seines folgenden Satzes aufgenommen wurde: „Ich hasse Putin.“

Quelle: Gazeta.ru 01.11.2008

**Natalia Nazarowa: Gericht wäscht die „weiße Bruderschaft“ rein**



ITAR TASS

In Novosibirsk wurde erneut ein Urteilsspruch im Verfahren gegen Nazis der Gruppierung „weiße Bruderschaft“ gefällt. Das Landgericht beendete am Freitag die Verlesung des Urteils in dem Fall, in dem acht Mitglieder der Bruderschaft der Anstachelung zu interethnischem Hass und Gewalt sowie der schweren Körperverletzung angeklagt wurden. Letztlich befand das Gericht die Angeklagten des räuberischen Angriffs mit Bedrohung von Leib und Leben und des Schusswaffengebrauchs für schuldig (Punkte a) und c) Absatz 3, Artikel 16 des Strafgesetzbuches der RF). Drei der Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen in einer Strafkolonie verurteilt: Anton Nenaschew zu 4,5 Jahren, Dmitrij Schirokich zu fünf Jahren und acht Monaten, Igor Bykow zu sechs Jahren Freiheitsentzug. Die anderen fünf Angeklagten erhielten Bewährungsstrafen zwischen vier und fünf Jahren. Nenaschew wurde noch im Gerichtssaal in Gewahrsam genommen.

Das Gericht verhandelt die Sache gegen die Mitglieder der lokalen extremistischen Gruppierung „Weiße Bruderschaft“ bereits zum zweiten Mal. Damals wurden drei zu Bewährungsstrafen, die restlichen fünf zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und zehn Jahren verurteilt. Gegen die Urteile war Berufung eingelegt worden. Nach den Worten von Richterin Tatjana Schachowa sind die milderen Strafen damit zu erklären, dass die Angeklagten positive Zeugnisse von der Arbeit bzw. der Schule vorweisen konnten.

Es sei daran erinnert, dass die Polizei die Minderjährigen im November 2002 festgenommen hatte, nachdem diese auf der Straße einen Tadschiken tätlich angegriffen und mit 18 Messerstichen verletzt hatten. Der Verwundete konnte gerettet werden. Die Wohnungen der Verhafteten waren durchsucht und dabei nationalistisches Material, Bücher und Audioaufzeichnungen sichergestellt worden. Im Laufe der Untersuchungen stellte sich heraus, dass die Jugendlichen in einer Reihe weiterer ähnlicher Überfälle auf Leute tadschikischer und usbekischer Herkunft in Nowosibirsk verwickelt gewesen waren. Nach Angaben der örtlichen Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen leitete, hatten alle Verbreche einen nationalistischen Hintergrund.

Aus dem Aktenmaterial geht hervor, dass alle Jugendlichen der „Weißen Bruderschaft“ angehören, die im selben Jahr 2002 durch den 21-jährigen Michail Rodoschkewitsch aus Nowosibirsk einberufen worden war.

Die Gruppe besteht aus 15-20 Mitgliedern aus verschiedenen Stadtteilen, die sich regelmäßig an den Wochenenden versammeln, um „die Stadt von Leuten nichtrussischer Nationalität zu säubern“. Der erste Gerichtsprozess gegen die „Weiße Bruderschaft“ fand am 07. November 2003 statt, aber im Laufe der Verhandlung änderte die Anklageseite plötzlich ihre Meinung: Die Anklage auf Teilnahme in einer kriminellen Vereinigung (Artikel 210 des Strafgesetzbuches der RF) und in einer extremistischen Organisation (Artikel 282.1 des Strafgesetzbuches der RF) wurden zurückgezogen. Bei der zweitägigen Urteilsverkündung sagte Richterin Larissa Tschub, dass die „Beweislast“ für die Beschuldigung der Verurteilten in vier Fällen reiche. Dabei ließ das Gericht Aufstachelung zu nationalistischem Hass mit der Begründung unbeachtet, die Angeklagten hätten ihre Ansichten nicht öffentlich geäußert. Der Anführer der „Bruderschaft“ wurde zur psychiatrischen Behandlung in eine Klinik zwangseingewiesen – wegen unangemessenen Verhaltens in der Einzelhaft und im Gerichtssaal. Staatsanwalt Musatkin, der im Prozess die Anklageseite vertrat, zeigte sich mit der Gerichtsentscheidung zufrieden. Seiner Meinung nach „dienten die extremistischen Parolen dem Gruppenzusammenhalt und als ideologischer Deckmantel für Raubüberfälle, aber der eigentliche Grund war Profitgier“. Der Fall Rodoschkewitsch wird jetzt in einem gesonderten Verfahren behandelt. Er wird nach seiner Behandlung in der Klinik vor Gericht erscheinen.

Quelle: Gazeta.ru 31.10.2008

## Die „Erschaffung der Welt“ zwischen der Obersten Kammer Russlands und österreichischen Ultrarechten



Am 20. Oktober 2008 fand in Wien die Konferenz „Europa – Russland – Georgien: die Erschaffung der Welt“ statt. Obwohl das SOVA-Zentrum sich nicht mit den Ereignissen in Südossetien beschäftigt, gerät die Konferenz ins öffentliche Interesse, weil deren Initiatoren die Oberste Kammer Russlands und die Freie Akademie der österreichischen Freiheitspartei sind.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die österreichische FPÖ, deren Vorsitzender bis 2005 der verstorbene Jörg Haider war, eine der bekanntesten ultrarechten Parteien in der Europäischen Union ist, die mit populistischen (sprich: rassistischen) Parolen gegen Immigranten mobil macht. Seinerzeit hatte Haider als Vorsitzender zurücktreten müssen, nachdem die Partei bei den Wahlen gewonnen hatte, was zu Sanktionen der EU gegen Österreich führte.

Von Seiten der Obersten Kammer nahmen der Metropolitan des Stawropoler und Wladikawaser Feofan, Olga Kostyna, Maksim Schewtschenko, an der Konferenz teil.

Zweifellos muss der Dialog der russischen und georgischen Öffentlichkeit nach den Ereignissen im August dieses Jahres wieder ins Rollen gebracht werden, angemessen wäre allerdings gewesen, auch ossetische NGOs einzuladen. Auch dabei kann die Oberste Kammer mithelfen. Aber die Zusammenarbeit dieser Organisation, die de facto ein halbstaatliches Organ ist und zu ihren wichtigsten Aufgaben den „Kampf für die Toleranz“ zählt, mit in ganz Europa bekannten ultrarechten Populisten, ist in den Augen des SOVA-Zentrums absolut unzulässig.

Quelle: <http://www.izvestiya.ru/world/article3121808/>

<http://www.geotimes.ge/index.php?m=home&newsid=13326>

<http://sova-center.ru> 28.10.2008

## Einige Fakten

Im Oktober 2008 haben nicht weniger als 19 Menschen, von denen vier dabei umkamen, unter rassistischen und neonazistischen Angriffen gelitten, die vor allem von Nazi-Skinheads verübt wurden. Formal ist diese Zahl bedeutend geringer als im gleichen Zeitraum 2007 (als nicht weniger als 103 Menschen Angriffen ausgesetzt waren, von denen sechs starben). Es ist offensichtlich, dass wir keine Informationen über die Zwischenfälle bekommen. Nach der laut tönenden Erklärung W. Matwienkos vom 19. August 2008, dass es in St. Petersburg keine Verbrechen aus Hass mehr gebe, wurde in der Stadt *kein einziger* Zwischenfall mehr festgehalten.

Im Oktober wurden Angriffe in vier Regionen des Landes registriert – in Moskau, Woronesh, Irkutsk und Nishnij Nowgorod.

Insgesamt sind seit Anfang des Jahres in 39 Regionen Russlands nicht weniger als 80 Menschen bei Angriffen umgekommen, mindestens 312 wurden verletzt.

Im Oktober 2008 wurden mindestens fünf Urteile gegen 15 Menschen wegen rassistischer Gewalt oder deren Androhung ausgesprochen – in Moskau, St. Petersburg, Nowosibirsk, in den Gebieten Samara und Archangelsk. Dabei wurde in den letzten beiden Fällen zum ersten Mal in der uns bekannten gerichtlichen Praxis der Art. 119 (Androhung von Mord) angewandt, bei dem das Motiv Hass berücksichtigt wurde.

Insgesamt sind uns seit Anfang 2008 23 Urteile, die mit rassistischer Gewalt verbunden sind, bekannt, in deren Ergebnis 77 Menschen verurteilt wurden und 19 Angeklagte Bewährungsstrafen erhielten.

Auch die Verfolgung rassistischer Propaganda nimmt nicht ab. Im Oktober 2008 wurden mindestens sechs Urteile gegen acht Menschen ausgesprochen (in St. Petersburg, Barnaul, Nowosibirsk, Nowgorod, in den Gebieten Astrachan und Tscheljabinsk).

Insgesamt wurden seit Beginn des Jahres 2008 37 Urteile gegen 49 Menschen aufgrund von propagierter Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen, von ihnen wurden 15 Personen ohne irgendwelche Sanktionen auf Bewährung verurteilt.

Im Internet wird die föderale Liste extremistischer Materialien ständig ergänzt. Im Oktober 2008 wuchs sie von 267 auf 277 Eintragungen an. Quelle: <http://sova-center.ru> 31.10.2008

## Chronik

### **Grausamer Mord an einem aserbaidischen Staatsbürger in Moskau**

Im Oktober 2008 verübten Naziskins einen grausamen Mord an dem aserbaidischen Staatsbürger Tofik Hussein. Während der Nacht überfiel eine Gruppe Jugendlicher einen Kiosk auf dem Chlebnikow-Markt, in dem der Aserbaidischer als Wachmann arbeitete. Nachdem die Jugendlichen ihn schwer verprügelt hatten, zündeten sie den Kiosk an, der Mann verbrannte bei lebendigem Leib. Einzelheiten, inklusive Datum des Überfalls, wurden nicht bekannt, aber unbestätigten Informationen zufolge nahm die Polizei einen Verdächtigen fest.

Quelle: <http://1news.az/society/20081030120524564.html> 30.10.08  
<http://sova-center.ru>

### **Nationalistische Aktion am Büro der „Soldatenmütter“ in St. Petersburg**

Am 23. Oktober 2008 haben ca. zwölf junge Leute gegenüber dem Büro der „Soldatenmütter“ einen Protest abgehalten. Die Teilnehmer der Aktion, vor allem Mitglieder der neonazistischen Organisation „Slawischer Bund“, skandierten Losungen wie „Ruhm den WDW“ (Russische Luftlandetruppen, A.d.Ü.), „Sie machen aus Jungen Mädchen“, „Ruhm für Russland“, „Ruhm dem russischen Volk“, „Ruhm den russischen Waffen“, „Nieder mit Poljakowa“ (Vorsitzende der St. Petersburger „Soldatenmütter“, A.d.Ü.). Zeugen beobachteten, dass einer der Teilnehmer *„in Lederjacke mit einem Horn da stand und nationalistische Losungen schrie“*.

Die Teilnehmer der Aktion versuchten, in das Büro einzudringen. Mitarbeiter der „Soldatenmütter“ haben jedoch die Tür von innen blockiert und die Protestierenden nicht eingelassen. Die Aktion dauerte etwa 40 Minuten.

Die Vorsitzende der Petersburger Abteilung der „Soldatenmütter“, Ella Poljakowa, wandte sich aufgrund des Geschehens an die Polizei.

Quelle: <http://mvdrrf.ru/news/20650/> 29.10.2008

### **Botschaft Turkmenistans richtete offizielle Note an Russland wegen Angriffs auf einen Diplomaten**

Am 5. November 2008 richtete die Botschaft Turkmenistans in der Russischen Föderation eine Note an das Russische Außenministerium (MID) mit der Forderung, die Umstände des Angriffs auf einen turkmenischen Diplomaten aufzuklären.

*„In Zusammenhang mit diesem Zwischenfall haben wir eine Note an das Russische Außenministerium gerichtet und bitten die Russische Staatsmacht, das Geschehen aufzuklären“*, teilte ein Mitarbeiter der turkmenischen Botschaft mit.

Quelle: <http://lenta.ru/news/2008/11/05/secretary1/> 06.11.2008

### **Hakenkreuze und antisemitische Schmierereien am Gebäude des Jüdischen Kongresses in Saratow**

Am 26. Oktober 2008 haben Unbekannte in Saratow das Gebäude der Regionalabteilung des Russischen Jüdischen Kongresses und den Eingang des Gebäudes, in dem sich die Abteilung der Jüdischen Wohlfahrtsorganisation „Chassid“ befindet, mit Hakenkreuzen und antisemitischen Aufschriften beschmiert. Unter diesen Aufschriften wurde die Zahl „1488“ entdeckt, die ein Zeichen der Neonazisten ist und die „14 Wörter und 88 Gebote des weißen Menschen“ symbolisiert.

Nach Worten der Koordinatorin der Saratower Vertretung der Jüdischen Agentur in Russland (EAP), Bella Suewa, *„kann der Zwischenfall mit dem Geburtstag von David Lane, eines Ideologen des amerikanischen Neonazismus, in Zusammenhang stehen“*.

Vertreter der EAP in Saratow bestätigten, dass dies nicht der erste antisemitische Vorfall in der Stadt in den letzten Jahren war. Im Februar 2006 wurde das Gebäude des Saratower Jüdischen Zentrums mit Hakenkreuzen beschmiert, und im Mai 2007 wurde in der örtlichen Synagoge eine Zündvorrichtung aufgebaut.

Quelle: [http://www.vzsar.ru/news/2008/10/29/na\\_zdaniy\\_evreyskogo\\_kongressa\\_narisovali\\_svastiku.html](http://www.vzsar.ru/news/2008/10/29/na_zdaniy_evreyskogo_kongressa_narisovali_svastiku.html) 29.10.08

<http://sova-center.ru>

### **Unbekannte schmierern Hakenkreuze auf Häuserwände in Wolgograd**

Am 28. Oktober 2008 wurde bekannt, dass im Zentrum Wolgograds Häuserwände mit Hakenkreuzen beschmiert wurden. Die Täter unterschrieben mit dem Schriftzug „Vereinte Brigaden – Süd“, eine in rechtsextremen Kreisen verbreitete Bezeichnung, die aber keine Rückschlüsse auf die Täter zulässt. Drei der Hakenkreuze wurden auf ein Wohnhaus in der Puschkinstraße 12 geschmiert, in dem sich unter anderem die Kanzlei des



Abgeordneten der Stadtduma Roland Cherianow befindet. Ein weiteres Hakenkreuz befindet sich auf dem gegenüberliegenden Gebäude.

Möglicherweise verbirgt sich hinter der Bezeichnung „Vereinte Brigaden – Süd“ eine Gruppe rechtsradikaler Fussballfanatiker.

Quelle: <http://v102.ru/accidents/7073.html> 28.10.08 <http://sova-center.ru>

### **Internationale Woche der Aufklärungsaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Antisemitismus**

Vom 9. bis 16. November fand in einer Reihe von russischen Städten die Internationale Woche der Toleranz unter dem Motto „Kristallnacht – nie wieder!“ statt, anlässlich des Beginns des Holocaust vor 70 Jahren am 9. November 1939.

Solche Veranstaltungen fanden nicht zum ersten Mal statt.

Organisatoren waren das „Internationale Jugendnetz gegen Rassismus und Intoleranz“ (YNRI), die internationale „Jugendbewegung für Rechtsschutz“ (MPD), zusammen mit dem europäischen Netz „United for intercultural action“ mit Unterstützung des „Internationalen Netzes Junges Europa“, des humanitären Projekts „Epigraf“ und des Projekts „Freiwillige der Menschenrechte“. 2008 wurde die Aktionswoche gemeinsam mit der internationalen „Koalition gegen Hass“ durchgeführt und war der Auftakt zu einer lang anhaltenden Aktionskampagne gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus, die in erster Linie im russischsprachigen Raum Osteuropas durchgeführt wird.

*„Die Woche ‚Kristallnacht – nie wieder‘ bietet uns die Möglichkeit, des persönlichen Anteils der Verantwortung eines jeden daran, was in unserer Gesellschaft vor sich geht, zu gedenken. Überfälle und Morde an ‚Andersartigen‘, kriegerische und zwischenethnische Konflikte, die feindliche Sprache in den Massenmedien, Hakenkreuze und Hasssymbole auf Hauswänden, Schulen und Universitäten – soll man sich damit abfinden oder versuchen, die Situation zu verändern, solange es noch nicht zu spät ist?“* – heißt es in einer Pressemitteilung der Organisation.

Am 9. November 2008 fand im Rahmen der Toleranzwoche in Moskau im Museum und Andrej-Sacharow-Gemeindezentrum die Eröffnung des Jugendkinofestivals „Komm und sieh!“ statt. Zur Eröffnung des Kinofestivals wurde der Film „Aufstieg und Niedergang des 14. Dalai Lama“ (Russland 2008) gezeigt. Das Kinofestival läuft mit Unterstützung des Museums und Andrej-Sacharow-Gemeindezentrum, des Informations-Analyse-Zentrums „SOWA“ und der „Jugendbewegung für Rechtsschutz“ (MPD).

Genauere [Informationen](#) über die Internationale Woche der Aufklärungsaktionen „Kristallnacht – nie wieder!“ findet man auch auf der Site der Veranstaltung.

Quelle: <http://hro1.org/node/3552> 10.11.2008

### **Impressum**

Übersetzung: Alice von Butler, Sabine Erdmann-Kutnevic, Holger Löbell, Anja Schmidt  
Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

#### **ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH**

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: [info@zentrum-demokratische-kultur.de](mailto:info@zentrum-demokratische-kultur.de)

Internet: [www.zentrum-demokratische-kultur.de](http://www.zentrum-demokratische-kultur.de)

#### **gemeinsam mit**

#### **Deutsch-Russischer Austausch e. V.**

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: [info@austausch.org](mailto:info@austausch.org)

Internet: [www.austausch.org](http://www.austausch.org)